

Stellungnahme bezüglich des Ausgabenhaushaltes 2005-2006 –
Plenarsitzung vom 06.12.2004

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich werde, im Namen von VIVANT- Deutschsprachige Gemeinschaft, zu den Dekretentwürfen zum Haushalt des Jahres 2004 und zur geplanten Ausgabenpolitik der Exekutive für 2005 und darüber hinaus Stellung beziehen.

Für die CSP- Fraktion hatten Sie, Herr Franzen, den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft als klinisch tot bezeichnet. Für die VIVANT- Fraktion ist es leider viel schlimmer als das: Denn wenn der Haushalt tot wäre, dann könnte er keinen Schaden mehr anrichten! Er ist aber nicht tot, sondern er wirkt über seine Schuldenberge, strangulierend, bis weit hinein in die Zukunft unserer Kinder.

Herr Minister Lambertz, sie haben im Zusammenhang mit der Verschuldung gesagt, dass der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Finanzrahmen eines Wirtschaftsunternehmens vergleichbar sei. Das, Herr Ministerpräsident, und ich erlaube mir Ihren eigenen Wortschatz zu benutzen, ist Unsinn in geballter Form und sehr beunruhigend dazu! Als wenn die von Ihnen getätigten Ausgaben einen gleichen wirtschaftlichen Mehrwert schaffen würden, wie ein privater Industrie- Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetrieb! Erschreckend ist dabei, dass Sie, Herr Ministerpräsident, anscheinend sogar an diesen zerstörerischen Unfug glauben, wenn Sie vom Schuldenmachen, als einem sozusagen erstrebenswerten Kennzeichen einer modernen Industriegesellschaft sprechen, und dabei außer Acht lassen, dass ja gerade diese Schuldenfalle zum zerstörenden Wachstumszwang unserer modernen Gesellschaft führt.

Die VIVANT- Fraktion beurteilt die Haushaltsführung, so wie sie sich im Dekretentwurf der Exekutive zur Festlegung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes für das Jahr 2005 darstellt, als 1. unsozial, 2. irreführend und 3. zukunftsfeindlich.

1. Die Haushaltsführung ist unsozial, weil trotz schon bestehender großer Verschuldung, weiterhin großzügige Ausgaben getätigt und geplant werden, und weil ein konsequenter Abbau der Schulden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht in Sicht ist. Sie haben zwar, Herr Ministerpräsident, wie im GE vom 3. Dezember zu lesen war, ein Durchforsten des, wie Sie richtig definierten, über drei Jahrzehnte gewachsenen Subventionsgebarens, angekündigt, - im Dekretentwurf des Ausgabenhaushaltes 2005 laufen effektiv, sage und schreibe, 266 Projekte unter der Bezeichnung "Subvention"-, Sie haben dann aber diese Absicht sogleich wieder relativiert. Sollten Sie den Weg des vernünftigen Durchforstens beschreiten, dann können Sie auf die Unterstützung der VIVANT- Fraktion zählen, denn dieses Durchforsten würde ja keineswegs bedeuten, dass dann Schulbetrieb und Unterrichtswesen, Kranken- und Altenbetreuung, Wegeerhalt und allgemeine Infrastrukturerstellung, Arbeitsvermittlung und Wirtschaftsförderung, Kultur- und Sportbetrieb, Ehrenamt und sonstige Dienstleistungen sogleich abgeschafft würden, sondern es würde alles in einen vernünftigen Rahmen geführt! Auch kündigen Sie neue Handlungsspielräume an, welche die VIVANT- Fraktion, in Kenntnis Ihrer bisherigen Aussagen und Zukunftsplanungen, nur in die Kategorie "Angenehm-Nützlich-aber-nicht-unbedingt-Notwendiges" einzuordnen vermag. Dabei beträgt die Schuldensumme bereits jetzt - am 31.12.2003 - über 47 Millionen € oder beinahe 2 Milliarden BF, darin enthalten eine Leasingverpflichtung über 12 Millionen Euro zur Finanzierung des Ministerialgebäudes.

Warum dann, im Januar 2004, bestehende langfristige Anleihen mit festverzinslichen niedrigeren Zinssätzen von 3,92, 4,48, 5,13 und 5,40% und mit nur einer Anleihe von 5,63% leicht über dem neu ausgehandelten Zinssatz, in eine einzige Anleihe von beinahe 21 Millionen € zum Zinssatz von 5,46%, und also zum Nachteil der DG, umgeschuldet wurden, sollte, im Sinne der viel beschworenen Transparenz, nicht Ihr Geheimnis bleiben. Der finanzielle Nachteil, welcher der Gemeinschaft durch diese Umschuldung entstanden ist, beläuft sich laut Angaben des Rechnungshofes auf über 3 Millionen €. Dank dieser Umschuldung brauchten Sie dann im Jahr 2004 keine neue Anleihe mehr vorzunehmen und somit liegt der Verdacht nahe, dass Sie Sich, mit dem Geld der Steuerzahler der DG, das Argument

erkauft haben, im Wahljahr 2004, ohne neue Anleihen, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Dazu lese ich folgenden Auszug aus dem Bericht des Rechnungshofes vor: "Wie aus der nachstehenden Simulation hervorgeht, werden durch die Umverschuldung die Haushaltspläne der kommenden Jahre entlastet, aber die des nächsten Jahrzehnts, insbesondere die der Haushaltsjahre 2015 bis 2019, zusätzlich belastet. Die Gemeinschaft kauft jetzt budgetären Handlungsspielraum, aber zahlt die Mehrkosten für diesen „Ankauf“ erst im nächsten Jahrzehnt."

Deshalb, Herr Ministerpräsident, die klare Frage an Sie: Warum haben Sie diese finanziell nachteilige und also unsinnige Umschuldung vorgenommen?

Auf Grund der aktuellen Verschuldung werden die Steuerzahler der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum Jahr 2029 , allein für die Schuldentilgung, über 96 Millionen € oder 3,88 Milliarden BF ausgegeben haben - also mehr als das Doppelte der Anleihe summe -! Das, Herr Ministerpräsident, ist Ihre Hinterlassenschaft, die Sie unseren Jugendlichen und unseren Kindern aufbürden wollen, und die ja noch wesentlich teurer wird, wenn die Großprojekte Verwaltungsgebäude und Kulturzentren in St.Vith und in Eupen, tatsächlich, so wie geplant, realisiert werden sollten! Oh ja, Sie haben dann wunderbare Bauten finanziert, und Sie setzen diese ja auch den Schulden gegenüber: Aber was würden Sie sagen, wird ein Investor der DG z.B. für das 13 Millionen teure Ministerialgebäude, bei einem Verkauf, noch bezahlen?

Auch die wallonische Region und der belgische Föderalstaat, unsere wesentlichen Einnahmequellen, sind hoch verschuldet, und man muss schon ein unerschütterliches Vertrauen in den wallonischen Weihnachtsmann haben, wenn man dann weiter von dem verstärkten wallonischen Geldregen über der Deutschsprachigen Gemeinschaft träumt.

Nun aber zu den 2 wichtigen Fragen in Bezug auf die Sozialverträglichkeit von Schulden: 1. Wer bezahlt die Schuldzinsen? Die Antwort ist einfach: Wir alle, die Steuerzahler. Und 2. wer bekommt die Schuldzinsen? Auch diese Antwort ist eindeutig: Die

Geldgeber, welche die Anleihen der Öffentlichen Hand erworben haben. Die Verschuldung der Öffentlichen Haushalte bedeutet also eine Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich, und ist somit zutiefst unsozial! Nach 2 Jahrzehnten neo-liberaler Politik ist jetzt ein Zustand erreicht, in dem 90 Prozent der Bevölkerung schuften dürfen, damit 10% immer reicher werden. Die Aussage des MR-Präsidenten Didier Reynders, Teile der Kosten für Renten und Krankenversicherung in die individuelle Verantwortung verlagern zu wollen, passt haargenau in dieses Politikkonzept. Und man wundert sich dann noch, in diesen politischen Kreisen, warum so viele Menschen Politik verdrossen sind! Und hier, Herr Ministerpräsident, gewinnt auch Ihre Aussage, dass beim Schuldenmachen durch die Öffentliche Hand, falsche Sensibilitäten völlig unangebracht seien, aus dem Munde eines sozialistischen Ministers, eine schon tragische Bedeutung.

2. Die Haushaltsführung ist irreführend, weil inzwischen viele Projekte über Leasingkredite finanziert werden, welche dann öffentlich nicht mehr eindeutig in ihrer Gesamtsumme als neue Kreditaufnahmen bezeichnet werden müssen, aber in Wirklichkeit Nichts anderes sind als eine teure Kreditaufnahme. Denn neben den Schuldzinsen beinhaltet Leasing gewissermaßen eine Einstellung von zusätzlichem Personal, weil ja eine Dienstleistung mitgekauft wird, welche vielleicht auch von der eigenen Verwaltung geleistet werden könnte.

3. Die Haushaltsführung ist nicht zukunftsorientiert. Bevor große Investitionen in Unterhaltungs-Spekulationen und in nicht lebensnotwendige Verwaltungsbauten getätigt werden, allein diese geplanten Investitionen machen die riesige Summe von 26 Millionen Euro aus, sollte die Lebensqualität der Menschen in der DG, und vor allem der Haushalte mit kleinen und mittleren Einkünften gesichert werden! So ist die schnell fortschreitende Ressourcenverknappung für Mineralöl ein gesicherter Erkenntnisstand. Deshalb werden die Preise für Heizöl und Treibstoffe, nach Aussage der Energiefachleute, in naher Zukunft dramatisch ansteigen. Wenn Sie also die eben genannte Summe von 26 Millionen €, jetzt, in Form von zinslosen Kleinkrediten, an die Haushalte in der Deutschsprachigen

Gemeinschaft ausgeben würden, welche eine moderne Wärmedämmung ihrer Häuser und Wohnungen durchführen wollen, bzw. welche ihren Heiz- und Treibstoffbedarf auf Biomasse umstellen möchten, so könnten Sie anschließend, nach Zurückzahlung der Kredite, die zurückgestellt und auf ein vernünftiges Maß reduzierten Projekte, dann mit gutem Gewissen, in die Wege leiten.

Übrigens, wer in diesem Zusammenhang glauben sollte, Atomkraft wäre eine Alternative, der irrt sich, weil, laut Expertenaussage, Uran inzwischen die geringste Energieressource überhaupt darstellt. Demgegenüber hat auch die Deutschsprachige Gemeinschaft eine echte Alternative - in Form von Biomasse - welche dringend verstärkt genutzt und mobilisiert werden muss.

In seinem Kommentar zur Regierungserklärung am 15. September äußerte Hans Niessen, dass es erstrebenswert sei, wenn wir, als der kleinste Gliedstaat der Welt, inhaltlich attraktive Alleinstellungsmerkmale aufweisen könnten, um für die belgische Allgemeinheit wertvoll und interessant zu sein. Die geschilderte **Energieinitiative** bietet eine solche Möglichkeit.

Ihr Parteikollege Edmund Stoffels, Herr Ministerpräsident, hat richtigerweise im wallonischen Parlament den Minister für Gesundheit zu den Auswirkungen der Klima Veränderung auf unsere Gesundheit interpelliert. Er machte unter Anderem geltend, dass durch die Klimaerwärmung verstärkt Mikro-Organismen und Parasiten, z.B. Zecken, auftreten können, welche unsere Gesundheit bedrohen. Konsequenterweise muss man dann auch, neben den Folgen, die Ursachen der Bedrohung angehen, nämlich, unser vollkommen irrationales Beharren auf den Energiequellen Kohle, Mineralöl und Erdgas. In Ihrer Regierungserklärung sagten Sie, dass die DG existenziell darauf angewiesen sei, Neues zu entfalten und eine weitsichtige Vorbereitung auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts durchzuführen, und Ihr Parteikollege Herr Servaty, bezeichnete die vitalen Interessen der DG, als Beweggrund für das Zustandekommen der jetzigen Koalition: Klimaschutz, diese Meinung

werden sicher auch Sie vertreten können, muss auch für die DG an erster Stelle auf der vitalen Interessenliste stehen!

VIVANT – Deutschsprachige Gemeinschaft fordert Sie und Ihre Kollegin und Kollegen also auf, zuerst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der richtigen Politik das gute Beispiel zu geben, und dann die Kontakte auf Ministerebene, sowohl der wallonischen Region als auch auf föderaler Ebene, zu nutzen, um dort die erfolglose Politik der eigenen Parteifreunde auf eine bessere Schiene zu bringen!

Dazu einige konkrete Beispiele und Stichworte:

. Es ist inzwischen nicht mehr utopisch sich vorzustellen, dass schon in wenigen Jahren die Klima Veränderungen uns zwingen werden, die Benutzung von Erdgas, Mineralöl und Kohle einzuschränken bzw. ganz einzustellen. Das wäre eine Situation die dann auch in der DG zu drastischen Sparmaßnahmen zwingen und dazu führen könnte, in den Organisationsbereichen 20,30,40 und 50, ohne große Schwierigkeiten, 93 Projekte zu kürzen oder sogar zu streichen und weitere 59 Projekte auf ihre Notwendigkeit und ihre Effizienz hin zu überprüfen. Auch im Infrastrukturbereich sollte mindestens dann, für die VIVANT- Fraktion bereits jetzt, die Bezuschussung durch die DG bei allgemeinen Vorhaben der Gemeinden von 60 auf 40% und bei Infrastrukturmaßnahmen im schulischen Bereich von 80% auf 60% Bezuschussung reduziert werden. Durch diese Maßnahme würde endlich der in den Gemeinden wohl bekannte Mitnahmeeffekt beseitigt!

. Dem Umweltausschuss des St.Vith Stadtrates liegt ein Projektentwurf vor, welcher die Möglichkeit der Umrüstung der Fahrzeuge des Bauhofes auf biologische Treibstoffe zum Thema hat. 6 Fahrzeuge des Bauhofes können problemlos, für 1.600€ pro Fahrzeug, für den Betrieb mit Pflanzenöl umgerüstet werden. Gesamtkosten also: $6 \times 1600\text{€} = 9.600\text{€}$. Das Pflanzenöl würde von der Firma zum Preis von 0,68Cent/Liter nach St.Vith geliefert, gegenüber ja beinahe 1€ / Liter Dieseltreibstoff. Ein entsprechender Tank von 5.000 Liter wäre schon für 400€ zu haben, und die Bedienungsfreundlichkeit

dieses Behälters mit Einfüllstutzen, Zählwerk und Pumpe würde nochmals rund 400€ kosten. Wenn man nun die Klima Neutralität biologischer Treibstoffe bedenkt und angesichts des Literpreises von 0,68Cent / Liter Pflanzenöl ist das mit Sicherheit ein wirklich gutes und unterstützungswertes Projekt. Die Tatsache, dass, im Gegensatz zu den Nachbarländern, wo biologische Treibstoffe bereits steuerfrei sind, unser Finanzminister Didier Reynders, noch immer zusätzliche Akzisensteuern einfordert, sollte für Sie, sehr geehrte Mitglieder der Exekutive, Anlass sein, den notwendigen Druck auf die wallonischen und föderalen Stellen auszuüben, zumal die Unterstützung solcher Projekte ja auch unmittelbar unseren Landwirten zu Gute kommen würde. Weil das gleiche Projekt sicher auch bei den anderen Bauhöfe in den Gemeinden der DG angewandt werden kann und ebenfalls für den öffentlichen Nahverkehr gelten würde, hätten Sie hier die Möglichkeit, durch die Übernahme der zusätzlichen Aksisensteuern, zur Unterstützung der Gemeinden, ein in Belgien einmaliges umweltverträgliches Zeichen zu setzen!

. Einerseits lesen wir im GE dass viele Belgier “extrem arm“ sind, andererseits erwartet die Fortis Bank einen, wie es heißt, “operativen Gewinn“ von sage und schreibe 30 Prozent! Ich erinnere an die Verteilung: 90% der Menschen dürfen sich abrackern, damit 10% immer reicher werden. Zur Beseitigung dieser skandalösen Schieflage könnten Sie, die Minister der DG, gegenüber den wallonischen und föderalen Kollegen, ein starkes Signal abgeben, in dem Sie Sich intensiv für ein korrigierendes, generelles Grundeinkommen an alle Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinschaften des föderalen Belgiens einsetzen würden.

. Die steigende Arbeitslosigkeit im gesamten Staatsgebiet und auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist im Grunde eine eklatante Bankrotterklärung staatsmännischer Führungskunst: Anstatt den Firmen immer neue Subsidien und Zugeständnisse zu machen, obschon die Arbeitsplätze dann trotzdem ausgelagert oder nicht geschaffen werden, sollten endlich die notwendigen strukturellen Veränderungen durchgeführt werden, d.h. Streichung der Einkommenssteuern und der Sozialabgaben auf die Arbeit, so wie Verlagerung der Besteuerung auf den Konsum und vor allem auf den

Energieverbrauch- mit allerdings einer vorübergehenden Ausnahme für die biologischen Treibstoffe. Dann würde sehr schnell das Arbeitsplatzangebot wieder die Nachfrage übersteigen, dann würden die Dienstleistungen in Schulen, Kranken- und Altenhäusern florieren und dann bräuchten auch die Mitarbeiter des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung in Brüssel nicht mehr wegen der, wie sie betonen, unmoralischen und mit großem Aufwand betriebenen "Jagd auf die Arbeitslosen" in den Ausstand zu gehen.

Das sind die Themen, die von Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, vehement in Brüssel und in Namur vorgetragen werden müssen, und die dann, nach erfolgreichem Einsatz, auch den Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unmittelbar zu Gute kommen und den Standort Ostbelgien nachhaltig sichern würden.

Unterricht, Erziehung und Ausbildung in unserer Gemeinschaft, sind richtige, von Ihnen hervorgehobene Schwerpunkte und VIVANT spricht Ihnen hierzu ein ausdrückliches Lob aus. Wir zollen Ihnen, Herr Minister Paasch, auch unsere Anerkennung für Ihren Mut, die Notwendigkeit der Kostensparung, auch im Unterrichtswesen, so klar ausgesprochen zu haben und jetzt wie es scheint, die konkrete Durchführung der notwendigen Maßnahmen beherzt in Angriff zu nehmen. Die VIVANT- Fraktion weist aber darauf hin, dass auch im Unterrichtswesen, durch eine drastische Verringerung der Lohnnebenkosten, so wie VIVANT sie vorschlägt, die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal, bzw. die Aufwertung der Gehälter wieder in erheblichem Maße möglich wird. Daher auch an Sie, Herr Minister Paasch, der besondere Appell, sich für diese notwendigen wirtschaftlich-sozialen Strukturveränderungen einzusetzen.

In Bezug auf die politischen Vorgaben im sozialen Bereich und in Bezug auf die Verschiebung der Alterspyramide, Herr Minister Gentges, wären auch hier, nach Auffassung von VIVANT, Grundeinkommen und Einkommenssteuerbefreiung der Arbeit mächtige Impulsgeber zu mehr Freiheit, Menschenwürde und Solidarität in unserer Gesellschaft. Das bedingungslose Grundeinkommen gewinnt in vielen Ländern Europas und der Welt

mehr und mehr Anhänger und wir sind überzeugt, dass es auch in Belgien unverzichtbar ist, um die gesellschaftlichen Verwerfungen zu lösen.

Damit würde, das ist unsere Überzeugung bei VIVANT, auch die Bereitschaft zum Ehrenamt und zum politischen Engagement einen weiteren bzw. einen neuen Auftrieb erleben.

Ich komme zum Schluss:

Die VIVANT- Fraktion gibt, im Namen von VIVANT- Deutschsprachige Gemeinschaft, der Hoffnung Ausdruck, dass sie, als Mehrheitskoalition und als Exekutive, die konkreten Anregungen aufnehmen können, und dass Sie eine Politik verfolgen, welche dann nicht nur in einem Bereich, sondern in allen Bereichen unsere Zustimmung finden kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Joseph Meyer

Sprecher der VIVANT - Fraktion